



# Die Neue Gesellschaft

## 4

1982  
29. Jahrgang

---

*Verlag Neue Gesellschaft*  
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2  
Postfach 2001 89  
Telefon (02 28) 37 80 21-25  
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

---

*Die Neue Gesellschaft* erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.  
Einzelheft 6,- DM, Jahresabonnement 48,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

---

Im Bezugspreis sind 6,5% Mehrwertsteuer enthalten.  
Anzeigenpreisliste Nr. 11

---

*Herausgegeben*  
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von  
Johannes Rau  
Heinz O. Vetter  
Hans-Jochen Vogel  
Herbert Wehner

---

*Redaktion:*  
Peter Glotz (Chefredakteur)  
Rainer Diehl  
Hans Schumacher (verantwortlich)  
Anschrift der Redaktion:  
Godesberger Allee 143  
5300 Bonn 2  
Telefon 37 80 21-25  
Telex: 885 479 a fest d

---

*Redaktionsbeirat:*  
Helmut Schmidt (Vorsitzender)  
Bruno Friedrich (stellvertretender Vorsitzender)  
Iring Fetscher  
Martin Greiffenhagen  
Reimut Jochimsen  
Richard Löwenthal  
Susanne Miller  
Peter von Oertzen

---

## Zum Inhalt

Daß der Rüstungswettlauf zwischen Ost und West irrational und ein gefährlicher Wahnsinn sei, ist nicht strittig. Gestritten wird aber heftig über den Schuldigen. Es ist – natürlich – der jeweils andere.

Der plumpe und leicht durchschaubare Mechanismus, der Staaten seit Urzeiten bewegt, gegeneinander zu rüsten und ab und an auch dazu, die erworbenen Waffen auch anzuwenden, wird vor allem durch die Furcht bewegt. Selbst der nackteste Imperialismus jeglicher Himmelsrichtung versucht, seine Eroberungsgelüste noch damit zu tarnen, daß er diejenigen, die seine Abenteuer bezahlen müssen, mit Angst vor mehr oder weniger imaginären Bedrohungen erfüllt. Gerade die deutsche Geschichte bietet hierzu einige Beispiele.

Der Ost-West-Gegensatz, der offensichtlich zur Zeit die Gefahr hervorruft, in ein neues Wettrüsten hineinzuschlittern, hat seine Ursachen in Irrationalismen wie andere Konflikte auch. Die Logik, mit der hochqualifizierte Fachleute Strategien, Gegenstrategien und Gegengegenstrategien erdenken, die wissenschaftliche Perfektion, mit der Waffen zu technischen Wunderwerken fort- und weiterentwickelt werden, sollte darüber nicht hinwegtäuschen: Grundlage des Rüstungsfließes und aller militärischer Anstrengungen ist die Angst.

Der Westen ängstigt sich vor einem Versuch der Sowjetunion, ihr System mit militärischen Mitteln zu exportieren, und der Osten glaubt an eine notwendigerweise vorhandene imperialistische Komponente des westlichen Systems, die den Eroberungskrieg wahrscheinlich mache.

Es lohnt sich also, darüber zu diskutieren, ob die ideologischen Grundlagen bei der Betrachtung des möglichen Gegners (noch) stimmen. Die Thesen Richard Löwenthals und die kritische Entgegnung Peter von Oertzens in diesem Heft der *Neuen Gesellschaft* behandeln diese Frage ausführlich.

Mit der „Bedrohung aus dem Osten“ in mehr konkreter, sozusagen physischer Form, befassen sich Hans Apel, Christian Krause und das NG-Streitgespräch. Insbesondere letzteres hatte (neben dem üblichen redaktionellen Wunsch, es möge über einen schwierigen Sachverhalt möglichst eingehend und verständlich informieren) die Absicht zu zeigen, daß innerhalb der SPD durchaus noch über ein Thema hart und kontrovers diskutiert werden kann, ohne daß die Person und die Argumente des Kontrahenten jeweils verachtet werden; eine Diskussionstechnik und eine Form der Auseinandersetzung, die

nachgerade aus der Mode zu kommen scheint.

Daß die Sicherheitspolitik neben der ökonomischen Situation und der Sicherung der Arbeitsplätze auf dem Münchner SPD-Parteitag eine Hauptrolle spielen wird, ist klar und hat seine Gründe. Die Verunsicherung, die weite Teile der westeuropäischen Gesellschaften über die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses erfaßt hat, wurde von den politischen Parteien eher zu spät wahrgenommen. Die Diskussion über den NATO-Doppelbeschluß bzw. über eine eventuelle Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Westeuropa hat inzwischen zwar dazu geführt, daß das sicherheitspolitische Denken nicht mehr nur Reservat von politischen Spezialisten oder Soldaten ist, die Sicherheitspolitik ist sozusagen etwas demokratisiert worden, andererseits aber hat – nicht zuletzt wegen eines zeitweiligen Verbalextrémismus aus den Reihen der Reagan-Administration – die Diskussion eine Schärfe bekommen, die der Sachlichkeit häufig Abbruch tut. Für die SPD ergibt sich daraus die Notwendigkeit (wenn sie weiterhin an den politischen Entscheidungen bei ihrem urenigsten Thema, der Friedenspolitik, mitarbeiten will), auf dem Münchner Parteitag eine Lösung und einen Diskussionsstil zu finden, die eine sachliche Auseinandersetzung auch noch nach dem Parteitag möglich machen.

Nicht nur durch Äußerungen und Maßnahmen im Bereich der Ost-West-Beziehungen, sondern beispielsweise auch durch die robuste Wirtschafts- und Dritte-Welt-Politik der immer noch neuen US-Administration haben die Diskrepanzen und die Betonung der unterschiedlichen Interessenlagen zwischen den USA und ihren westeuropäischen Verbündeten zugenommen. Das für die politische und militärische Sicherheit Westeuropas (aber auch der USA) so wichtige Verhältnis innerhalb der NATO ist in letzter Zeit merklich abgekühlt. Ob die Entwicklung einer inneramerikanischen Friedens- und Abrüstungsbewegung hieran etwas ändern wird, muß erst einmal abgewartet werden. Aber da US-amerikanische Außen- und Bündnispolitik noch stärker als in Europa innenpolitische Gegebenheiten und Prozesse zu berücksichtigen hat, ist damit zu rechnen, daß vielleicht die in letzter Zeit zu beobachtende Barschheit bei einigen außenpolitischen Fragen etwas nachlassen wird. Auch im Hinblick auf die NATO wäre dies zu hoffen. Die beiden Artikel von Dieter Dettke und Wolfram F. Hanrieder zum westeuropäisch-amerikanischen Verhältnis konnten die neueren inneramerikanischen Diskussionen noch nicht berücksichtigen. *Die Neue Gesellschaft* wird dies bald nachholen.



## INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
304	Klaus von Schubert	Frieden und Bewegung
310	Karsten D. Voigt	Von der Konfrontation zur Sicherheitspartnerschaft
316	Hans Apel	Die Bedrohung Westeuropas durch das militärische Potential der Warschauer Pakt-Staaten
322	Christian Krause	Was ist militärische Bedrohung?
327	Richard Löwenthal	Sozialdemokratie, Frieden und Sicherheit
330	Peter von Oertzen	Logik mit Lücken – Richard Löwenthals sicherheitspolitische Thesen
334	Oswald Hirschfeld	Bemerkungen zur sicherheitspolitischen Diskussion
337	Eckhard Lübckemeier	NATO-Strategie und Null-Lösung – Ein Beitrag zu einer künftigen Debatte
345	NG-Gespräch mit Christian Krause und Walther Stütze	Sicherheitspolitik und militärische Überlegenheit
352	Dieter Dettke	Amerika und Europa – Ist das Bündnis in Gefahr?
355	Wolfram F. Hanrieder	Amerika und Europa: Wohin führt der Weg?
360	Wilhelm Bruns	Die beiden deutschen Staaten und die Abrüstung
366	Johannes Altmeyen	Rüstungsexport
371	Léo Hamon	Kants Bedeutung für das sozialistische Denken – Einige Gedanken über die Rolle der Ideologie
378	Wolfgang Sander	Politische Bildung in der Schule
383		Die Türkei braucht Demokratie
		Berichte aus europäischen Ländern
386	Europäische Gemeinschaft	Bald einheitliche Wahlbedingungen?
387	Belgien	Soziales Klima dauerhaft vergiftet
389	Dänemark	Minderheiten
390	Frankreich	Widerstände
392	Griechenland	Mißverständnisse ausgeräumt
393	Großbritannien	Der Monetarismus ist tot, aber die Arbeitslosigkeit lebt
394	Irland	Neue Regierung
396	Italien	Morgenluft gewittert
397	Luxemburg	Währung und Regierung abgewertet
398	Niederlande	In der Zwickmühle
400		Kritik

## Wilhelm Bruns: Die beiden deutschen Staaten und die Abrüstung

*Dr. Wilhelm Bruns, Jahrgang 1943, leitet seit 1978 den Arbeitsbereich Sicherheit und Abrüstung im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn). Verfasser zahlreicher Aufsätze zu Problemen der Sicherheit und Abrüstung. An Buchpublikationen liegen vor: Friedliche Koexistenz, Hamburg 1976; Die UNO-Politik der DDR, Stuttgart 1978; Deutsch-deutsche Beziehungen (2. Auflage), Opladen 1979; Die Uneinigen in den Vereinten Nationen, Köln 1980. (S. a. seine zahlreichen Artikel in der NG).*

Das Abrüstungsthema hat nun auch die deutsch-deutschen Beziehungen erfaßt. Insbesondere aus Anlaß des Briefwechsels der beiden deutschen Außenminister Genscher und Fischer (vom Januar 1982) über eine gemeinsame deutsch-deutsche Initiative bei der zweiten UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung (Juni-Juli 1982) gibt es bei uns, aber auch im westlichen Ausland, Spekulationen und Erwartungen. Das Erwartungsspektrum reicht von ablehnender Skepsis bis zum vorsichtigen Optimismus hinsichtlich der Realisierungschance eines gemeinsamen bzw. abgestimmten deutsch-deutschen Vorgehens in Abrüstungsfragen.

Bei der Antwort auf die Frage nach Grenzen und Möglichkeiten deutsch-deutscher Zusammenarbeit in Abrüstungsfragen brauchen wir nicht bei Null anzufangen. Vielmehr können wir auf einige Vorfragen präzise Antworten geben. Wichtigste Frage zunächst: Welchen sicherheitspolitischen Handlungsspielraum haben die beiden deutschen Staaten? Diese Frage zielt auf das Verhältnis von Bundesrepublik und DDR zu ihren jeweiligen Führungsmächten USA und Sowjetunion.

Wie haben sich die beiden deutschen Staaten in den internationalen Gremien verhalten, in denen über Rüstungskontrolle und Abrüstung beraten und verhandelt wird? Von der Beantwortung dieser empirischen Frage kann man Aufschluß über operative deutsch-deutsche Grenzen und Möglichkeiten in diesem Bereich erwarten.

Zunächst aber zum *Verhältnis der beiden deutschen Staaten zu ihren Führungsmächten*: Die Analyse des Verhaltens beider deutscher Staaten gegenüber ihren Führungsmächten bzw. in ihren Bündnissen zeigt eine Asymmetrie. Während die DDR lediglich die

sowjetische Position durchbuchstabiert und vertritt, zeigen insbesondere die letzten Jahre, daß die Bundesrepublik und die USA entspannungs- wie rüstungskontrollpolitische Erfordernisse unterschiedlich sehen. Dies läßt sich am NATO-Doppelbeschluß gut demonstrieren. Es ist unbestritten, daß die Bundesrepublik es war, die maßgeblichen Einfluß auf die Rüstungskontrollkomponente dieses Doppelbeschlusses gehabt hat. Auch die DDR erklärt, daß Rüstungskontrolle wichtig sei. Doch hat sie es in der ersten Jahreshälfte 1980 versäumt, auf die Sowjetunion einzuwirken, damit diese auf das Rüstungskontrollangebot der NATO eingehe und mit den USA über nukleare Mittelstreckenwaffen verhandele. Erst der Besuch des Bundeskanzlers in Moskau hat die Sowjetunion im Sommer 1980 dazu gebracht, sich bereit zu erklären, mit den USA auf der Grundlage des NATO-Doppelbeschlusses zu verhandeln.

Die Bundesrepublik, die zwar nicht am Verhandlungstisch in Genf sitzt, kann indirekt mitwirken, indem sie auf ihre Führungsmacht einwirkt. Dies geschieht z. B. auch dadurch, daß sie ihren Einfluß in einer Sonder-Konsultativgruppe der NATO geltend macht, die das Rüstungskontrollkonzept mitformuliert, das die USA dann gegenüber der Sowjetunion vertreten. Von einem auch nur vergleichbaren Konsultations- und Beratungsprozeß auf der Seite des Warschauer Vertrages oder in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR ist bislang bei uns nichts bekannt geworden.

Aus diesen wenigen Punkten ergibt sich, daß der Handlungsspielraum der Bundesrepublik und auch die Fähigkeit innerhalb des westlichen Bündnisses wichtige Konzeptformulierungen vorzunehmen, erheblich größer ist als auf der Seite der DDR gegenüber der Sowjetunion.

### Einigkeit in zwei prozeduralen Fragen

Beide deutsche Staaten sind sich in zwei prozeduralen Fragen einig: Nur über den Weg von Verhandlungen und Verträgen führt ein Weg zur Abrüstung. Diktate und einseitige Abrüstung halten beide deutsche Staaten für keinen geeigneten Weg.

Der Bundeskanzler hat dies in seiner Rede am 19. Januar 1982 vor dem Deutschen Bundestag so formuliert: „Wer Abrüstung will, muß Abrüstungsverträge wollen... Keiner kann allein abrüsten.“ Er fügte hinzu: „Abrüstung und Rüstungsbegrenzung bedürfen des Vertrages. Der muß ausgehandelt werden.“ Zur Aushandlung von Verträgen bedürfe es der Partnerschaft, der Sicherheitspartnerschaft.

Auch Erich Honecker unterstreicht die Bedeutung

von Verträgen und Verhandlungen im Abrüstungsbe- reich: „Nur am Verhandlungstisch, bei gebührender Achtung und Berücksichtigung der legitimen Interessen aller Seiten können Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eine vernünftige und gerechte Lösung der zwischen ihnen bestehenden Probleme finden“ (so in einem Kommuniqué nach dem Besuch des sowjetischen Außenministers in der DDR am 27. und 28. Januar 1982).

Beide sind sich auch einig, daß kein neuer Verhandlungstisch aufgestellt werden soll. Diese Einigkeit findet sich auch im Abschlußkommuniqué nach dem Besuch des Bundeskanzlers in der DDR. Hier heißt es: „Beide Seiten sind entschlossen, ihre Bemühungen um konkrete, positive Ergebnisse in den Gremien, in denen diese Probleme behandelt werden, fortzusetzen und zu verstärken.“

Diese Verhandlungstische stehen in Genf, in Wien, in Madrid und in New York. In Genf geht es bekanntlich um die von beiden deutschen Staaten unterstützten Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über die nuklearen Mittelstreckenwaffen. In Genf geht es aber auch im Rahmen der Vereinten Nationen, und hier im Abrüstungsausschuß, darum, eine breite Palette von Abrüstungsthemen zu erörtern und zu verhandeln, die vom Verbot chemischer Waffen bis zum unterirdischen Testverbot bei Atomwaffen reicht.

In Wien geht es um eine beiderseitige Truppenreduzierung (MBFR). Hier sitzen beide deutsche Staaten mit am Verhandlungstisch. In Madrid geht es im Rahmen der KSZE um das wichtige Projekt einer europäischen Abrüstungskonferenz, in deren erster Phase sich die 35 Staaten über vertrauensbildende Maßnahmen zu verständigen haben.

### KSZE

Bundesrepublik wie DDR sind zwei der 35 KSZE-Staaten, die die Magna Charta der Entspannung, die Schlußakte von Helsinki, ohne Vorbehalt unterzeichnet haben. Aber auch hier bestimmen unterschiedliche Prioritäten das jeweilige Verhalten. Während die DDR den Korb 1 (Prinzipien) als das Kernstück der Schlußakte bezeichnet, konzentriert sich die Bundesrepublik auf Korb 3 (Familienzusammenführung, humanitäre Aspekte der Entspannung). Nicht selten entsteht der Eindruck, daß beide Seiten diese Körbe konfrontativ gegeneinander stellen und gegeneinander ausspielen.

Ausgehend von diesen Grundpositionen hält die DDR eine Einigung über eine europäische Abrüstungskonferenz für den zentralen Punkt bei den

Verhandlungen in Madrid, während sich die Bundesrepublik für ein ausgewogenes Dokument einsetzt. Ausgewogen heißt hier: Berücksichtigung der Körbe 1, 2 und 3, wobei die Abrüstungskonferenz einer der Punkte ist.

Die Schlußakte wäre eine geeignete Grundlage deutsch-deutscher Initiativen, doch es gibt nicht nur einen Interpretationsdissens zwischen Ost und West (Bundesrepublik und DDR), sondern auch ein Vollzugsdefizit, das sich beide wechselseitig vorwerfen. So haben beide mit dem Blick auf Polen sich gegenseitig vorgeworfen, die Schlußakte von Helsinki zu verletzen. Behauptung der DDR: Die Position der Bundesrepublik gegenüber Polen sei eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens und damit eine grobe Verletzung der Schlußakte von Helsinki (Neues Deutschland, 13. Januar, S. 2).

### MBFR

Hier sitzen beide gleichberechtigt am Verhandlungstisch. Beide Länder gehören zur Reduzierungszone von MBFR-Vereinbarungen. Beide treten als Bündnismitglieder auf. Sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR haben sich mehrfach dahingehend geäußert, daß eine Reduzierung von Truppen in Mitteleuropa notwendig und möglich sei. Damit sind jedoch die Punkte der Gemeinsamkeiten erschöpft. Vielleicht sollte hier noch hinzugefügt werden, daß beide auch dafür sind, Reduzierungen auf der Grundlage des Gleichgewichts vorzunehmen.

Wenn es jedoch darum geht, diese Punkte zu konkretisieren, zeigen sich erhebliche Gegensätze. Wie die Sowjetunion behauptet die DDR, daß es in Mitteleuropa ein Gleichgewicht gäbe, das auf ein niedrigeres Niveau gebracht werden müsse. Die Bundesrepublik dagegen behauptet, das Gleichgewicht müsse erst durch eine ungleichgewichtige Reduzierung hergestellt werden. Daraus folgt die Forderung der Bundesrepublik, der Warschauer Pakt solle im Reduzierungsraum mehr reduzieren als die NATO-Staaten.

Immerhin gab es hier ein erstes bilaterales Treffen zwischen den beiden deutschen Staaten am Rande der MBFR-Verhandlungen, über das sogar von DDR-Medien berichtet wurde.

### Genfer INF-Verhandlungen

Weder die Bundesrepublik noch die DDR sitzen hier am Verhandlungstisch; dennoch geht es hier um eine Verhandlungsmaterie, die die beiden deutschen Staaten unmittelbar angeht: Die nuklearen Mittelstreckenwaffen in und für Europa. Seit dem 30. November 1981 verhandeln die USA und die Sowjet-

union. Die Bundesrepublik hat auf Verhandlungsziele Einfluß genommen, in der NATO-internen „special consultative group“.

Von der DDR ist bislang nicht bekanntgeworden, daß sie ihren Einfluß auf die sowjetische Position geltend gemacht hat. Die DDR vertritt hier hundertprozentig die sowjetische Position (Verhandlungsgegenstand, Verhandlungsziel, Moratorium u. ä.). Die Supermächte haben die jeweils andere Position für nicht-verhandlungsfähig erklärt. Die Bundesrepublik hat durch den Bundeskanzler erst kürzlich die offizielle amerikanische Position einer Null-Lösung unterstützt. Wie stehen die beiden deutschen Staaten zur Null-Lösung?

Die Null-Lösung wurde zunächst von der DDR abgelehnt, während die Bundesrepublik die Null-Lösung, so wie sie Reagan am 19. November 1981 vorgeschlagen hat, begrüßt hat. Nachdem die Sowjetunion sich auch für die Null-Lösung ausgesprochen hat, gibt es eine deutsch-deutsche Gemeinsamkeit, allerdings nur sehr vordergründig, denn beide unterstützen, wenn sie von Null-Lösung sprechen, eine völlig andere Position. Während die Bundesrepublik die amerikanische Position im wesentlichen teilt, daß nur im Falle eines Abbaus der sowjetischen SS 4, SS 5 und SS 20 die neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa überflüssig würden, favorisiert die DDR eine andere Null-Lösungsvariante. Sie, wie im übrigen auch die Sowjetunion, will die Null-Lösung, d. h. die Nicht-Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa zum Nulltarif, d. h. ohne Beseitigung der eigenen SS 20-Waffen, wobei hinzugefügt werden muß, daß allenfalls eine geringfügige Reduzierung der SS 20-Raketen als Möglichkeit ins Auge gefaßt wird (Sagladin).

#### **Abrüstungsmöglichkeiten im Rahmen der Vereinten Nationen**

Die beiden deutschen Staaten haben seit ihrer Aufnahme in die UNO, also seit 1973, an über 200 Resolutionen zur internationalen Sicherheit und Abrüstung mitgewirkt, teils als Miteinbringer, teils aber auch als Initiator von Resolutionen. Sie haben dem umfassenden Schlußdokument der ersten Sondergeneralversammlung über Abrüstung (1978) zugestimmt. In diesem Dokument sind eine Reihe von Verhaltensregeln und Prinzipien enthalten, die auch von den beiden deutschen Staaten für verbindlich erklärt wurden.

Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, daß Bundesrepublik wie DDR sich unterschiedlich verhalten und z. T. gegensätzlich in ihren Stellungnahmen zu

Problemen der Abrüstung argumentieren und auch unterschiedlich abstimmen, wenn eine Abrüstungsresolution vorgelegt wird.

Favorisiert die DDR die nukleare Abrüstung, so verlangt die Bundesrepublik eine gleichrangige Behandlung von nuklearer und konventioneller Abrüstung. Unterstützt die Bundesrepublik Studien zur genaueren Erfassung von Militärhaushalten und macht sich für die Vergleichbarkeit von Militärhaushalten als Voraussetzung für Reduzierungen stark, so lehnt die DDR solche Vorhaben ab. Konzentriert sich die Bundesrepublik auf vertrauensbildende Maßnahmen (bei Zurückhaltung der DDR), so favorisiert die DDR Vorhaben wie das Verbot der Neutronenwaffen und anderes mehr.

Bei der Untersuchung des Abstimmungsverhaltens beider deutscher Staaten bei der jüngsten Generalversammlung (der 36.) zeigt sich folgendes Bild: In 31 strittigen Abstimmungsfällen des ersten Hauptausschusses der Generalversammlung (der für Abrüstung zuständig ist) kam es lediglich in 4 Fällen (auf der 35. Generalversammlung gab es 3 Fälle) zu identischem Stimmverhalten. Dieses Abstimmungsverhalten zeigt, wie wenig die beiden deutschen Staaten bei den Materien übereinstimmen, die in der Generalversammlung der UNO beraten werden.

Vergleicht man die jüngsten Abrüstungsreden der beiden Missionschefs Peter Florin (am 22. Oktober 1981) aus der DDR und Günter van Well (am 21. Oktober 1981) von der bundesdeutschen UNO-Vertretung in New York, so zeigt sich sehr schnell, daß sich die Bundesrepublik und die DDR in drei zentralen Punkten unterscheiden: in der Beurteilung der Ursachen des Wettrüstens, in der Frage, was in erster Linie verhandelt werden soll, und auf welcher Grundlage diese Verhandlungen vorangehen sollen. Ferner zeigt sich, daß es bei der Frage des Kräftegleichgewichts unterschiedliche Beurteilungen gibt.

Der ständige Vertreter der DDR bei den Vereinten Nationen, Peter Florin, hat am 22. Oktober 1981 vor dem ersten Hauptausschuß der Generalversammlung die Vorstellungen der DDR präsentiert. Als Ursache des Wettrüstens sieht er „einzig und allein das Streben der aggressiven Kreise des Imperialismus nach militärischer Vorherrschaft im Weltmaßstab, das von den Hegemonisten in Peking unterstützt wird“.

Beide deutsche Staaten gehen davon aus, daß Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen nur sinnvoll sind auf der Grundlage des militärischen Gleichgewichts. Florin und van Well unterscheiden sich jedoch darin, daß die Bundesrepublik davon ausgeht, daß dieses Gleichgewicht wiederhergestellt

werden muß, während Florin von einem existierenden „ungefähren militärischen Gleichgewicht“ ausgeht. Auf das Problem, wer bestimmt, wann es ein ungefähres militärisches Gleichgewicht gibt, gehen beide Vertreter nicht ein. Obgleich Florin zum ersten Mal vor den Vereinten Nationen ausdrücklich auf die Existenz der SS 20 eingeht und dazu einiges sagt, bleibt das dort Gesagte vage und anfechtbar. Während er bei der westlichen Rüstung Zahlen nennt, unterläßt er bei der SS 20 eine Kräftevergleichsanalyse des nuklearen Mittelstreckenpotentials.

Wichtig ist der von Florin genannte Grundsatz: „Nur die Suche nach gegenseitig annehmbaren Lösungen auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit ermöglicht Fortschritte.“ Daraus folgt: Es kommt darauf an, daß keine Staatengruppe versucht, diese Suche dadurch zu belasten, daß einseitig erklärt wird, was gegenseitig annehmbar sei, und daß nicht versucht wird, einseitig zu bestimmen, was das „Prinzip der Gleichheit“ und der „gleichen Sicherheit“ wäre.

In seiner Erklärung vor dem ersten Ausschuß der UNO-Generalversammlung hat der bundesdeutsche UNO-Botschafter Günter van Well am 21. Oktober 1981 über weite Strecken die Argumentation während der 36. Generalversammlung wiederholt.

Vertieft hat Günter van Well lediglich die bundesdeutsche Konzeption zu den Vertrauensbildenden Maßnahmen. Hier knüpft er an eine Studie der Vereinten Nationen an, aus der deutlich wird, daß Vertrauensbildende Maßnahmen beitragen können, die „grundlegenden Ursachen von Mißtrauen, Spannung und Feindseligkeit zu verringern oder gar zu beseitigen, und damit auf die entscheidenden Faktoren einzuwirken, aus denen Krisen entstehen und sie verschärfen“.

„Als einen Beitrag zur Vertrauensbildung von besonderer Wichtigkeit betrachten wir die in den VN seit vielen Jahren laufenden Bemühungen, Militärhaushalte weltweit durchsichtiger und vergleichbarer zu machen.“ Hier verweist er darauf, daß die Bundesrepublik auf der Grundlage des standardisierten Berichtsystems der VN für Militärausgaben über ihren Verteidigungshaushalt bereits 1980 und 1981 berichtet hat. Diesem Hinweis auf den Beitrag der Bundesrepublik folgt das Bedauern, „daß bisher kein einziger Staat des Ostens der Aufforderung des Generalsekretärs der VN nachgekommen ist, den Fragebogen zu diesem Berichtssystem zu beantworten“. Gemeint ist hier natürlich auch die DDR.

Florin geht mit keinem Wort auf den Bereich ein, der international immer wichtiger wird und größere

Unterstützung findet, und der bei van Well eine herausragende Bedeutung erfährt: auf die Vertrauensbildenden Maßnahmen.

Wenn berücksichtigt wird, daß es bei den Vertrauensbildenden Maßnahmen auch um mehr Transparenz und Berechenbarkeit geht, ist streckenweise sogar eine Polemik gegen Vertrauensbildende Maßnahmen bei Florin erkennbar. So warnt er davor, „die Kraft der internationalen Gemeinschaft in Pseudo-Verhandlungen zu verschleißen. An Stelle von Verhandlungen über konkrete Maßnahmen zur Beseitigung des Wettrüstens sollen endlose, unfruchtbare Debatten über Transparenz, Studien über die Situation auf dem Rüstungsgebiet und die Behandlung der Kontrollfragen an sich, losgelöst von konkreten Abrüstungsmaßnahmen, treten“.

#### **Genfer UNO-Abrüstungsausschuß**

Im ständigen multilateralen Verhandlungsgremium der Vereinten Nationen, dem Genfer Abrüstungsausschuß, sind die beiden deutschen Staaten seit 1975 Mitglied. Hier wird sehr konkret und ergebnisorientiert verhandelt. Gegenstand der Beratungen der letzten Jahre waren u. a.: Vertrag über ein umfassendes Teststoppabkommen im nuklearen Bereich, Beendigung des nuklearen Wettrüstens, Sicherheitsgarantien für nichtnukleare Staaten gegen nukleare Angriffe, Verbannung aller chemischen Waffen, Verbot der Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen sowie die Ausarbeitung eines umfassenden Programms der Abrüstung, das der zweiten Sonder-Generalversammlung über Abrüstung im Juni d. J. vorgelegt werden soll.

In allen hier genannten Bereichen gibt es z. T. erhebliche Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten. Notierenswert ist, daß die DDR dem Entwurf für ein umfassendes Programm für Abrüstung, das von der Bundesregierung im Namen einiger westlicher Staaten vorgelegt wurde (CD 205), „prinzipiell“ zustimmt, wenngleich auch einige gravierende Einwände bekannt wurden: Gegen Transparenzüberlegungen, gegen den Vorschlag der Bundesregierung, zwischen nuklearer und konventioneller Abrüstung eine „Balance“ herzustellen. Auch gab es gegenüber dem Vorschlag zu den Vertrauensbildenden Maßnahmen Einwände: Die Bezeichnung von Vertrauensbildenden Maßnahmen als „Voraussetzung“ für Abrüstung ginge zu weit in Richtung von Vorbedingungen. Auch die Überlegungen der Bundesregierung zur Verifikation von Abrüstungsabkommen wurden von der DDR zurückgewiesen: Während die Bundesregierung – formelhaft verkürzt –

die Position vertritt, daß jedes Mehr an Transparenz ein Weniger an Mißtrauen bietet, wendet sich die DDR – an der Seite der UdSSR – gegen dieses Mehr an Transparenz.

Vor diesem hier nur skizzierbaren Hintergrund sollte auch der Vorschlag Genschers zu einer deutsch-deutschen Initiative zur zweiten Sonder-Generalversammlung über Abrüstung gesehen werden.

Auch wenn man den Briefwechsel Genscher-Fischer nicht künstlich überhöht und damit überbewertet: Zum ersten Mal könnte es zu einer gemeinsamen deutsch-deutschen Abrüstungsinitiative bei der 2. Sondergeneralversammlung über Abrüstung im Juni 1982 kommen.

Der Brief von Bundesaußenminister Genscher, dessen Inhalt von DDR-Außenminister Fischer prinzipiell positiv aufgenommen wurde, ist ein Ergebnis des deutsch-deutschen Spitzentreffens in der Schorfheide. Die Abrüstung könnte damit zu einem wichtigen gemeinsamen Thema deutsch-deutscher Bemühungen werden, kooperativ – nicht konfrontativ. Aber Vorsicht ist hier angebracht, wie nachfolgend deutlich wird.

Zunächst zum Sachverhalt selbst: Im September 1981 hat der bundesdeutsche Außenminister „am Rande“ der jährlich stattfindenden Generalversammlung der UNO in New York seinem DDR-Kollegen Fischer u. a. den Gedanken vorgetragen, daß die beiden deutschen Staaten im Abrüstungsbereich Möglichkeiten einer besseren Abstimmung und Zusammenarbeit erörtern sollten.

Genscher hat Fischer in einem Brief an dieses New Yorker Gespräch erinnert. Dieser Brief wurde vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, am 11. Dezember 1981 dem DDR-Außenminister übergeben (beim Gipfeltreffen in der Schorfheide). Die Antwort Fischers wurde am 12. Januar 1982 vom hiesigen Ständigen Vertreter der DDR, Ewald Moldt, übergeben.

Im wesentlichen geht es beim Genscher-Vorschlag um Konkretisierungen des deutsch-deutschen Dialogs und darum, daß die Bundesrepublik und die DDR als Hauptbetroffene an der Nahtstelle zwischen Ost und West gemeinsam jene Prinzipien formulieren sollten, an denen sich Rüstungskontrolle und Abrüstung orientieren müssen.

Für die Bundesrepublik hat Genscher vier Grundsätze geltend gemacht, die unverzichtbar seien:

1. Die Maßnahmen müssen transparent sein, z. B. durch Offenlegung der Militäraushalte.
2. Rüstungskontrolle und Abrüstung bedürfen der Kontrolle, sie müssen für beide überprüfbar sein.

3. Das Prinzip der Ausgewogenheit und des Gleichgewichts müssen gewahrt sein. Schließlich:

4. Vertrauensbildende Maßnahmen müssen zum Abbau des beiderseitigen Mißtrauens beitragen und zu mehr Berechenbarkeit führen.

Man wird sagen können, daß es sich hier um Prinzipien handelt, die von jeder anderen Seite unterschrieben werden könnten. Das Problem: Genschers Hauptgedanke zielt auf Transparenz, auf Kontrolle, auf Offenlegung des Verhaltens der anderen Seite. Ohne daß man den Inhalt des Antwortschreibens des DDR-Außenministers kennen muß, ergibt sich aus der Konfrontation des bisherigen DDR-Verhaltens an den bisherigen Verhandlungstischen (s. o.) und aus ihrem Schrifttum, daß eine gemeinsame deutsch-deutsche Initiative auf einer Grundlage, wie sie von Genscher vorgeschlagen wurde, nicht zustande kommen dürfte.

In der DDR-Presse erscheinen in jüngster Zeit Überschriften wie „Gespräch DDR-BRD über Fragen der Tätigkeit im Genfer Abrüstungsausschuß“ (Neues Deutschland v. 13./14. 2. 1982, S. 5), „Vorschläge zu Initiativen der DDR und der BRD zur Abrüstung“ (ND 27. 1. 1982, S. 2) oder „Konsultationen zu Abrüstungsfragen zwischen der DDR und der BRD“ (in: Außenpolitische Korrespondenz 5/1982, S. 40). Trotz der recht wortreichen Unterstreichungen, daß es wichtig sei, effektive Schritte zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu machen, fällt auf, daß hier keine Hinweise auf eine deutsch-deutsche Initiative zu finden sind. Im Antwortbrief Fischers ging es um „grundsätzliche Fragen der Abrüstung“ und um deutsch-deutsche Konsultationen dazu.

Das sollte – so Fischer – „auch Überlegungen einschließen, wie beide Staaten zum Zustandekommen konkreter Schritte zur militärischen Entspannung und Abrüstung beitragen können“. Aus dem Zusammenhang der bisher von der DDR vorgetragenen Ansichten darüber, was konkret ist, wird eines ganz deutlich: „Konkret“ ist z. B. eine gemeinsame Resolution gegen die Neutronenkerntombe (dazu hat die DDR erst jüngst in der UNO eine Resolution vorgelegt). „Konkret“ wäre auch die „Abschaffung des Brüsseler Raketenbeschlusses“ (gemeint ist der NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979). Nicht konkret i. S. der DDR sind Vertrauensbildende Maßnahmen, Transparenzüberlegungen zum militärischen Verhalten, Kontrollen u. ä.

Wenn die Positionen beider deutscher Staaten damit hinreichend beschrieben sind, so folgt daraus: *Gegenwärtig ist nicht zu sehen, wie die beiden deut-*

schen Staaten der zweiten Sonder-Generalversammlung über Abrüstung eine gemeinsame oder auch nur abgestimmte Resolution vorlegen können.

Dennoch bleibt es nützlich, dem jeweils anderen deutschen Staat seine Auffassung darzulegen, Positionen zu erklären und sich damit ein zuverlässigeres Bild über den jeweils anderen zu machen.

#### Welchen Einfluß haben die Friedensbewegungen?

Sowohl in der Bundesrepublik wie in der DDR gibt es so etwas wie eine breite Friedensbewegung, wobei hinzugefügt werden sollte, daß die Entfaltungsmöglichkeiten einer solchen Bewegung in der Bundesrepublik erheblich größer sind als in der DDR. Daß die Friedensbewegung in der Bundesrepublik einen erheblichen Einfluß auf die Politik der Bundestagsparteien wie auf die Politik der Bundesregierung hat, ist unbestritten.

Wie sich die Friedensbewegung in der DDR entwickeln wird und welchen Einfluß sie ausüben kann, ist noch nicht absehbar. Absehbar ist auch noch nicht, ob es hier zu grenzüberschreitenden deutsch-deutschen Aktionen kommt. „Ist das deutsche Volk in seinen getrennten Teilen nun auf dem Wege, sich in ein und derselben Friedensbewegung

wieder zu vereinigen?“ fragt Ernst-Otto Maetzel in einem Leitartikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (17. Februar 1982, S. 1, „Jetzt auch in Dresden“). Eine solche weitreichende Frage kann hier nicht beantwortet werden. Sie vermengt Friedenspolitisches mit Nationalem und zeigt eine Dimension an, die in der westdeutschen Friedensbewegung nicht erkennbar ist. Über die hier mehr cursorischen Bemerkungen hinaus wird man sicher bald Gelegenheit haben, diesen Zusammenhang ausführlicher zu analysieren.

#### Grenzen bestimmen die Möglichkeiten

Um nicht vom voluntaristischen Standpunkt die deutsch-deutschen Möglichkeiten zu bestimmen, wollen wir uns der Frage zuwenden, welche Grenzen zu beachten sind, wobei hier deutschlandrechtliche Gesichtspunkte außer acht gelassen werden sollen.

Zunächst einmal gilt es darauf aufmerksam zu machen, daß beide deutsche Staaten Bündnismitglieder sind und von beiden bekannt ist, daß sie strikt Bündnispolitik nachvollziehen. Daraus folgt: Sie können nicht bilateral über Probleme verhandeln, die multilateral festgelegt worden sind. Als Grundsatz gilt also bei den deutsch-deutschen Gesprächen über Abrü-

## WIE AUS BHW-BAUSPARVERTRÄGEN LEHR- UND ARBEITSVERTRÄGE WERDEN.



auf ihre BHW-Bausparkasse.

Tausende von BHW-Bausparern werden jährlich Darlehensnehmer. Und damit private Bauherren, die bauen, kaufen, modernisieren. So zahlt das BHW Jahr für Jahr einige Milliarden an Baugeldern.

Mit einem günstigen Bausparvertrag kann man auch in der heutigen Zeit noch bauen. Deshalb verlassen sich Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst

Diese fließen direkt in die Bauwirtschaft und die vielen Zulieferbetriebe.

So schaffen BHW-Bausparverträge sichere Arbeitsplätze, neue Lehrstellen und damit eine stabile Zukunft für die Jugend.

Wo der öffentliche Dienst mit dem BHW baut, ist es für ungezählte Arbeitnehmer sicher, daß es mit dem Bauen vorwärts geht.

# BHW

Bausparkasse  
für den öffentlichen Dienst.

**DAMIT ES BEIM BAUEN VORWÄRTS GEHT.**

Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, 3250 Hameln 1

stung, daß multilaterale Gegenstände nicht bilateraliert werden können.

Eine weitere Grenze wird dadurch gezogen, daß die beiden deutschen Staaten zwar von bestimmten Verhandlungsmaterien unmittelbar betroffen sind, nicht jedoch direkt am Verhandlungstisch sitzen (dies gilt beispielsweise für die Genfer Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen).

Handelt es sich hier mehr um strukturelle Rahmenbedingungen, so sollte auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Möglichkeiten bestimmt sind durch Punkte, die sich hier der Einfachheit halber in Fragen ausdrücken lassen.

- Geht es beiden deutschen Staaten um die Begrenzung des Wettrüstens und um Abrüstung oder lediglich um bestimmte Vorschläge dazu, die sie dann zur alleinigen Grundlage erklären? So hat sich die DDR mehrfach dafür ausgesprochen, über Abrüstung zu sprechen, hat jedoch hinzugefügt: „auf der Grundlage sowjetischer Vorschläge.“ Wenn die DDR hier eine Advokatur sowjetischer Vorstellungen ist und sich darauf beschränkt, sind die Möglichkeiten deutsch-deutscher Gespräche hier sehr begrenzt.
- Sind beide bereit in der Frage, die als geeignet für eine deutsch-deutsche Konsultation ist, Konzessionen zu machen, aufeinander zuzugehen,

(ohne daß jedoch dadurch die Sicherheit beeinträchtigt würde)?

- Geht es der DDR bei der Abrüstungsthematik darum, von genuin deutsch-deutschen Themen wegzukommen, oder ist die Abrüstung eines von geeigneten deutsch-deutschen Themen?
- Sind beide bereit, die Abrüstungsforschung zu unterstützen, die sich jedoch nicht darauf beschränken sollte, eine Apologie des eigenen Rüstungssystems zu liefern, um sich lediglich mit dem Rüstungssystem der anderen Seite auseinanderzusetzen?
- Sind beide bereit, sich mißtrauensabbauenden Maßnahmen zu öffnen und sich auf ein konstruktives Konzept vertrauensbildender Maßnahmen zu verständigen, die die Verfügbarkeit von Streitkräften einschränken und geeignet sind, die militärische Disposition wie das militärische Verhalten transparenter zu machen?

Aus den Antworten auf diese Fragen wird man erkennen können, wie groß die Bereitschaft auf beiden Seiten ist, hier konstruktiv und möglicherweise ergebnisorientiert zusammenzuwirken. Und aus den Antworten ergibt sich auch, wie groß die Möglichkeiten für beide deutsche Staaten sind, in der Abrüstung gemeinsam oder abgesprochen einen originären Beitrag zu leisten.

## Johannes Altmeyen: Rüstungsexport

---

*Der Diplom-Politologe Johannes Altmeyen, geb. 1946, war von Juni 1976 bis Mai 1981 Referent für Abrüstung und Rüstungskontrolle bei der SPD-Bundestagsfraktion und ist jetzt Referent im Deutschen Atomforum e. V., Bonn. S. a. Artikel in NG 10/79 und 12/81*

---

„Die Regel, keine Waffen in Krisengebiete zu geben, hat sich als nicht ausreichend erwiesen, weil man zukünftige Krisen im Zeitpunkt der Lieferung nicht zuverlässig ausschließen kann... Ich wiederhole deshalb hier, was ich lange schon vertreten habe: Wir sollten Militärhilfe und den Verkauf militärischer Waffen und Ausrüstung strikt auf Mitgliedstaaten unseres eigenen Bündnisses beschränken. Auch das wäre ein Beitrag zur Friedenspolitik.“ (Helmut

Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, 1969, S. 235f)

Auch diese Überlegungen waren Gegenstand der Beratungen in der Arbeitsgruppe Rüstungsexport (AG RüEx) der SPD-Bundestagsfraktion, auf deren Grundlage die Fraktion am 9. März d. J. nach Abstimmung mit der FDP ihre Empfehlungen über den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern beschlossen hat. Der Leitgedanke in der AG RüEx und bei den Beratungen in den Gremien der Fraktion war: Der Rüstungsexport muß restriktiv bleiben und – wenn möglich – noch restriktiver werden. Die gesetzlichen Grundlagen dafür, das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz, brauchen für diesen Zweck nicht geändert zu werden. Ansatzpunkt sind die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 16. Juni 1971.

Die von der SPD-Bundestagsfraktion beschlossenen Empfehlungen an die Bundesregierung für eine Neufassung ihrer Regierungsrichtlinien zum Rüstungsexport